

Partnersuche: Boppard hält sich noch bedeckt

Gebietsreform Stadtrat
sieht keinen akuten
Handlungsbedarf

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Boppard.** Die Stadt Boppard, so wie sie existiert, wird als eine von fünf Ortsgemeinden Teil der neuen Verbandsgemeinde Boppard-Rhens. Zukunftsmusik, die in den Ohren der Bopparder Stadtratsmitglieder nicht unbedingt harmonisch klingt. Aber es ist ein mögliches Szenario. Immerhin hat Mainz über diese Option – und noch drei weitere mit Bopparder Beteiligung i- im Zuge der anstehenden Gebietsreform Expertisen in Auftrag gegeben. Das „Modell eines Zusammenschlusses der verbandsfreien Stadt Boppard und der Verbandsgemeinde Rhens zu einer Verbandsgemeinde“ der Koblenzer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach & Partner liegt nun auf 140 Seiten vor. Quintessenz der Studie: Mittel- und langfristige kann die neue Ortsgemeinde Stadt Boppard gegenüber der heutigen verbandsfreien Stadt 297 000 Euro im Jahr einsparen. Aber bis das Einsparpotenzial – vor allem bei den Personalausgaben – greift, wird die neue Ortsgemeinde Stadt Boppard jährlich um 523 000 Euro zusätzlich belastet, und das laut Bürgermeister Walter Bersch 25 Jahre lang.

Keine Mehrheit für Gespräche jetzt

Kein Wunder, dass sich niemand im Stadtrat zu der Bemerkung hinreißen ließ, die Ergebnisse dieses Gutachtens seien der große Wurf. Am Ende fand sich noch nicht mal eine Mehrheit für den Antrag der FWG, ein Gremium zu bilden, das alle die Stadt Boppard betreffenden Aspekte der Gebietsreform im Auge behält, für Gespräche mit den Nachbarkommunen und Gebietskörperschaften offen ist und sowohl die Ortsbezirke als auch die Bürger in sämtliche Prozesse einbezieht. 16 Ratsmitglieder von CDU, Grünen und FWG wollen das Thema Gebietsreform offensiv angehen. 15 Ratsmitglieder von SPD, BfB und Grünen (1) sowie der mit-

stimmende Bürgermeister wollen in der Defensive verbleiben, weil sie zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund sehen, die Gebietsreform auf die Agenda zu setzen (wir berichteten).

Die FWG sieht akuten Handlungsbedarf bei der Stadt Boppard in Sachen Fusion und Umwandlung in eine Verbandsgemeinde. Mit einer Verbandsgemeinde Boppard wären die jetzigen Ortsbezirke besser bedient, meinte Jürgen Schneider (FWG) in der jüngsten Ratsitzung. Auch hätten es die Nachbarn einfacher, mit einer VG Boppard eine Ehe einzugehen.

Höfbling gibt sich diplomatisch

So weit wollte sich die CDU-Fraktion nicht aus dem Fenster lehnen. Sie sah in dem FWG-Antrag allerdings die große Chance, nicht abseits zu stehen, wenn die Linksrheiner zu neuen Ufern aufbrechen. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Geschichte an uns vorbeiläuft“, sagte Wolfgang Spitz (CDU). Auch der erfahrene Kommunalpolitiker Ludwig Höfbling hätte Boppard gerne mit dabei, wenn der Mittelrhein neu geordnet wird. Höfbling, der alle politischen Systeme Boppards im Stadtrat erlebt hat, ließ es offen, ob einer VG Boppard die Zukunft gehören soll. Mit der Bemerkung „Wir hatten uns schon etwas dabei gedacht, als wir Einheitsgemeinde geworden sind“ redete er den Einheitsbewahrem das Wort, machte zugleich deutlich, dass selbst die kleinsten verbandsangehörigen Gemeinden auf dem Hunsrück nicht in Armut verharren.

Klar gegen eine Umwandlung der Stadt Boppard in eine VG sprach sich Hermann Noe (SPD) aus. Sein Genosse Peter Sound outete sich als „Kind der Einheitsgemeinde Boppard“.

Noch einen Schritt weiter ging Jürgen Mohr (BfB). Die Auflösung der Einheitsgemeinde bringe viele Verlierer und nur einen Gewinner: die Bopparder Kernstadt. Als einziger im Rat wies Mohr darauf hin, dass Boppard wegen seiner Einwohnerzahl von der Gebietsreform direkt gar nicht betroffen ist. Anders als die Nachbarn am Mittelrhein muss die Einheitsgemeinde mit niemandem fusionieren.